

Neues Pester

Local-Anzeiger. Ernährung und Versorgung. Bekleidungsnot.

Eine Enquete zur Sanierung der Mittere.

Der Verkehr mit Bekleidungsartikeln weist in Ungarn unhaltbare Zustände auf. Die Preise für Oberkleidung, Wäsche und Schuhwerk sind unerschwinglich. Für einen Herren-Mackanzug werden 1000 Kronen verlangt, ein Paar Schuhe kostet 250 bis 300 Kronen, ein Hemd 60 bis 80 Kronen. Die Anschaffung dieser Artikel, durch die Abnutzung der alten Bestände in vier Kriegsjahren bedingt, verschlingt fast das durchschnittliche Jahreseinkommen einer Person. Im Oktober vorigen Jahres hat die Regierung eine Volksbekleidungskommission mit dem Sitz in Budapest errichtet, deren Aufgabe es gewesen wäre, die Beschlagnahme sämtlicher Bekleidungsartikel für den öffentlichen Verbrauch und die Verteilung an die Bedürftigen auf Grund von Bedarfsprüfungen und des Bezugsscheinsystems zu besorgen. Die Kommission hat aber seit vier Monaten nur „amtiert“, ohne den Interessen der Volksbekleidung viel zu dienen. Es herrscht derzeit sogar die fast unglückliche Anomalie, daß Oesterreicher in Ungarn ihren eigenen Bedarf an Bekleidungsartikeln frei decken können, wenn sie über genügend Geld verfügen, um die ungarischen Phantasiepreise zu bezahlen. Ein Ausfuhrverbot für Bekleidungsartikel aus Ungarn nach Oesterreich besteht wohl; aber kein Oesterreicher wird bei seinem Aufenthalt in Ungarn verhindern, Kleidungsstücke für sich einzukaufen und über die Grenze zu führen, denn für den eigenen Bedarf ist die Ausfuhr gestattet. In Oesterreich aber, wo infolge einer entwidelten Textilindustrie und Schuhwarenherzeugung genügende Vorräte oder wenigstens größere als in Ungarn vorhanden sind, kann kein Ungar Einkäufe besorgen, weil dort nur unzulängliche Personen Bezugskarten erhalten.

Die auf dem Gebiete des Verkehrs mit Bekleidungsartikeln herrschenden Missethate lasten auf dem Warenverkehr, dem Rohstoffmangel, der Systemlosigkeit bei der Verteilung der Vorräte. Die Volksbekleidungskommission wird daher nur dann ihrer Mission entsprechen, wenn in allen Komitaten Bekleidungsämter mit Bedarfsprüfungsstellen errichtet werden, die Bedarfbescheinigungen ausstellen, welche zum Einkauf von im Preise stark herabgesetzten Bekleidungsartikeln bei den Kaufleuten berechtigen. Dem Rohstoffmangel ist durch Wareneinfuhr aus Oesterreich (als Kompensation für die Lebensmittelzufuhren) und dem Zollauslande, sowie durch Heranziehung von Ersatzstoffen abzuhelfen. Im übrigen hat die Volksbekleidungskommission, deren Tätigkeit

sich bisher bloß auf die Versorgung der Staatsbeamten, die dreierlei Anzüge im Preise von 270, 170 und 135 Kronen erhalten, beschränkte, für den Bekleidungsartikelbedarf sämtlicher Schichten der Bevölkerung zu sorgen.

Die Enquete.

Handelsminister Josef Esteröczy berief für heute vormittag 10 Uhr eine Fachberatung in das Handelsministerium ein zur Besprechung der gegenwärtigen Lage auf dem Gebiete des Bekleidungswezens und der Inangriffnahme von Maßnahmen zur Linderung der Bekleidungsnot. Die Enquete wurde von dem Minister eröffnet, der darauf hinwies, daß es vornehmlich an einer Stelle fehle, die berufen wäre, in der Bekleidungsfrage einheitlich und mit entsprechender Autonomie vorgehen. Der Minister machte die Zusage, daß er die Regierungsverfügungen zur Regelung der Bekleidungsfrage in kürzester Zeit erlassen werde.

Der Präsident der Volksbekleidungskommission Alexander Siegwien ersuchte den Minister, die Kommission mit jenen Mitteln auszustatten, die zur erfolgreichen Tätigkeit unumgänglich notwendig sind. Hierauf stizte Dr. Franz Málly die bisherigen Regierungsverfügungen auf dem Gebiete der Volksbekleidung. Der Vizepräsident der Kommission Berthold Magyar unterbreitete den Präsidialbericht der Volksbekleidungskommission. Der Antrag der Kommission konkludiert dahin, daß die Regierung die Errichtung einer Warenbeschaffungs-A.G. für Volksbekleidungsartikel gestatten möge. Die Importangelegenheiten wären einem Regierungskommissär anzuvertrauen, dessen rasches Handeln gesichert wird.

Im Laufe der Debatte stellte Elemér Falogh die Forderung, daß eine einheitliche Stelle zur Erledigung der Volksbekleidungsfragen gebildet werde. Die Produktion von Textilwaren wird durch die Rohstoffmangel gefährdet. Moriz Drucker beantragt, daß das Konfektionsgewerbe in drei Gruppen geteilt werde. Die industrielle Konfektion möge den Bedarf der Armee versehen, die mittelgroßen Konfektionäre und die Kleingewerbetreibenden hätten sich mit der Zivilbekleidung zu befassen. Julius Chárfás erklärt, daß die ungarische Schneiderwerkstätte auf dem Cöbörplatz überflüssig sei. Alexander Solger tritt dafür ein, daß von den Damenkonfektionären die Luxusbetriebe von dem Wirkungskreise der Volksbekleidungskommission ausgeschlossen werden. Alexander Lederer weist auf die verfehlte Tätigkeit der Volksbekleidungskommission hin. Die Einführung von Kleiderarten ist nötig, ebenso die Ablieferung von Mitleiden. Paul Szende meint, daß der Valuta-Uberglaube zerstört werden müsse. Nach Ladislaus Fürst hat die Volksbekleidungskommission bisher nicht kommerziell gewirkt. Das Ausland widet Exportgeschäfte eher mit Kaufleuten als mit Zentrallen ab. Emil Reiter empfiehlt die Verwendung von Brennstoffen und Papierstoffen. Sigmund Kunfi fordert die Versorgung der Staatsbeamten, Privatbeamten und Arbeiter mit Bekleidungsartikeln.

In der Nachmittagsitzung stellt Robert Szurdah den Antrag auf Errichtung eines Regierungskommissariats für das Bekleidungswezen. Ministerialrat Paul Lázló referiert über die Tätigkeit der Delegation der Volksbekleidungskommission. Die Regelung der Frage der Benutzung von Mitleiden und der Schuhreparaturen steht bevor. Die Ausfuhr von Schuhwerk aus Oesterreich ist zu gestatten. Minister Josef Esteröczy faßt die vorgebrachten Wünsche zusammen und stellt fest, daß der vollständige Ausbau der Volksbekleidungskommission, die Bildung von Fachsektionen und die Schaffung von Provinz-Organisationen gefordert wird. Mit den Anträgen, die die Requirierung der Vorräte und die Einführung des Kartensystems fordern, werde er sich eingehend befassen. Er werde Sorge tragen, daß die Wünsche auf die Wareneinfuhr aus dem Auslande nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Die Produktion der Bekleidungsartikel wolle er dem Handwerk überlassen, da er kein Freund behördlicher Betriebe ist.

Die Regelung der Gasthauspreise.

In Angelegenheit der Neuregelung der Gasthauspreise fand heute im Landes-Ernährungsamt unter Vorsitz des Ministerial-Sektionsrats Dr. Eugen Marich eine Besprechung der Budapester Restaurateure und Gastwirte statt. Die Gastwirte brachten im Laufe der Beratung vor, daß sie bei den gegenwärtig in Kraft befindlichen behördlich festgestellten Menüpreisen (zu 4 K., 4 K. 50 S. und 6 K.) ihre Rechnung nicht finden. Sie forderten unter Hinweis auf das hinaufschwellen der Lebensmittelpreise eine Erhöhung der Menüpreise. In Verbindung mit der Preisregelung erklärten sich die Gastwirte bereit, die derzeit bestehenden Menüpreise für Gäste, die Gasthauskarten abgeben, aufrechtzuerhalten. Wie wir bezuehmen, werden die übrigen Preise der Speisewarte auch bei der Einführung der Gasthauskarten nicht herabgesetzt werden. Die Preisreduktion wird nur für die Menüs gelten.

25,000 Sosen.

Auf Weisung des Ernährungsministers Prinzen Ludwig Windischgrätz hat das Landes-Wilbverlehrs-Bureau 15,000 Stück Gefrierhasen Budapest überlassen, die Anfangs nächster Woche von der Hauptstadt verlaufft werden. Außerdem wurden den Eisenbahnen 10,000 Stück Sosen zur Verfügung gestellt.